

Aus dem Gemeinderat vom 18.12.2023

Der Gemeinderat traf sich zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahr am vergangenen Montag. Traditionell wurde neben einigen weiteren Tagesordnungspunkten in dieser Sitzung der Haushaltsplan für das kommende Jahr 2024 beraten.

Die Sitzung des Gemeinderates hatte folgende Beratungspunkte zum Gegenstand:

Änderung der Feuerwehrsatzung der Gemeinde Immendingen

Nach einer Änderung des Feuerwehrgesetzes für Baden-Württemberg hatte die Gemeinde im Jahr 2015 ihre Feuerwehrsatzung entsprechend der ebenfalls geänderten Mustersatzung des Gemeindetags und des Landesfeuerwehrverbands neu gefasst. Im Jahr 2016 erfolgte eine Anpassung bezüglich der Regelungen für die Jugendfeuerwehr und 2021 wurde aufgrund der Erfahrungen mit der Corona-Pandemie erneut die Mustersatzung überarbeitet, was ebenfalls zu einer Änderung unserer Feuerwehrsatzung führte. Auf Anregung des Kreisbrandmeisters soll nun die Feuerwehrsatzung der Gemeinde Immendingen vor der nächsten Hauptversammlung der Feuerwehr nochmals in einem Punkt an das geltende Feuerwehrgesetz und die Mustersatzung angeglichen werden.

In den bisherigen Feuerwehrsatzungen der Gemeinde Immendingen war das Amt des Abteilungskommandanten der Einsatzabteilung Immendingen automatisch an das Amt des ersten Stellvertreters des Feuerwehrkommandanten gekoppelt, falls der Abteilungskommandant nicht gleichzeitig Feuerwehrkommandant ist. Dieser Automatismus ist jedoch im Feuerwehrgesetz so nicht vorgesehen, da dort in § 8 Absatz 2 festgelegt ist: „Der ehrenamtlich tätige Feuerwehrkommandant und sein Stellvertreter oder seine Stellvertreter werden aus der Mitte der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeindefeuerwehr, die Abteilungskommandanten und deren Stellvertreter durch die Angehörigen der jeweiligen Einsatzabteilung aus deren Mitte auf die Dauer von fünf Jahren gewählt“. Künftig sollen nun auch in Immendingen alle Stellvertreter gewählt werden.

...

In obiger Vorschrift ist eine Amtszeit von fünf Jahren vorgesehen. Dies würde allerdings bei einem vorzeitigen Ausscheiden dazu führen, dass sich der Zeitpunkt der Wiederwahl des Nachfolgers von dem der übrigen gewählten Funktionsträger unterscheiden würde.

Aus diesem Grund wurde im Jahr 2009 im Rahmen eines Änderungsgesetzes zum Feuerwehrgesetz die Möglichkeit geschaffen, bei einem vorzeitigen Ausscheiden die Amtszeit des Nachfolgers auf die Dauer der regelmäßigen Amtszeit der übrigen Funktionsträger zu verkürzen. Von dieser Möglichkeit hatte die Gemeinde bisher keinen Gebrauch machen müssen, aus aktuellem Anlass sollte nun diese Regelung doch in die örtliche Feuerwehrsatzung aufgenommen werden.

Der Feuerwehrausschuss der Freiwilligen Feuerwehr Immendingen hat am 14.12.2023 über den Änderungsentwurf und diesem zugestimmt.

Der Satzungsentwurf wurde einstimmig als Satzung beschlossen. Die Satzung ist an andere Stelle in dieser Ausgabe des Mitteilungsblattes veröffentlicht.

Organisation der Europa- und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024

Zusammen mit der Wahl zum Europäischen Parlament finden am Sonntag, 9. Juni 2024 die Gemeinderats-, Kreistags- und Ortschaftsratswahlen statt. Im Vorfeld gilt es die notwendigen Vorbereitungen zur Durchführung der Wahlen zu treffen. Für die allgemeine Wahlorganisation, wie Bildung der Wahlbezirke und der Wahlvorstände sowie Bestimmung der Wahllokale, ist der Bürgermeister als Verwaltungsorgan der Gemeinde kraft Gesetzes zuständig.

Es ist beabsichtigt, die Einteilung der Wahlbezirke wieder in der bisher bewährten Form vorzunehmen. Danach werden im Kernort zwei Wahlbezirke mit Wahlräumen in der Aula der Schlossschule und in der Donauhalle eingerichtet. Die Ortschaften bestehen jeweils aus einem Wahlbezirk mit Wahllokalen in den Rathäusern, mit Ausnahme von Hintschingen und Zimmern. In Hintschingen dient der Saal der Schöntalhalle als Wahlraum. . . .

In Zimmern dient der Jugendclub als Wahlraum.

Dem Gemeinderat obliegt die Beschlussfassung über die Bildung des Gemeindewahlausschusses. Nach § 11 des Kommunalwahlgesetzes leitet der Gemeindewahlausschuss die Gemeindewahlen und ist verantwortlich für die Feststellung der Wahlergebnisse. Nach der vorgenannten Bestimmung besteht der Gemeindewahlausschuss aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern. Die Beisitzer und Stellvertreter in gleicher Zahl wählt der Gemeinderat aus den Wahlberechtigten. Ist der Bürgermeister, wie bei uns gegeben Wahlbewerber, wählt der Gemeinderat den Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses und einen Stellvertreter aus den Wahlberechtigten und Gemeindebediensteten. Was die Zahl der Mitglieder des Gemeindewahlausschusses anbelangt wurde vorgeschlagen, neben einem stellvertretenden Vorsitzenden drei Beisitzer zuzüglich Stellvertreter zu wählen. Damit könnte man sich den Weg offenhalten, dem Gemeindewahlausschuss erforderlichenfalls zugleich die Aufgaben eines Wahlvorstandes zuweisen zu können. Zu beachten ist, dass Wahlbewerber sowohl für die Wahl der Kreisräte als auch der Gemeinde- und Ortschaftsräte und Vertrauensleute von Wahlvorschlägen nicht im Gemeindewahlausschuss tätig sein können. Bei den letzten Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 hatte der Gemeindewahlausschuss folgende Besetzung:

Vorsitzender Manfred Spath, Stellvertretender Vorsitzender Hauptamtsleiter Manuel Stärk, Beisitzer Peter Mötzing, Josef Schwarz, Hans-Peter Neumann, Stellvertreter Markus Scheuch, Hans-Christoph Ehlers, Seraina Bödeker

Für die personelle Besetzung des Gemeindewahlausschusses wurden Vorschläge der Parteien und Fraktionen erbeten.

Einstimmig beschlossen hat der Gemeinderat, dass aufgrund der eingebrachten Vorschläge sich der Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 wie folgt zusammensetzt:

Vorsitzender Manfred Spath, Stellvertretender Vorsitzender Hauptamtsleiter Mark Löffler, Beisitzer Michael Abert, Josef Schwarz, Hans-Peter Neumann
Stellvertreter Markus Scheuch, Heimrad Buhl, Peter Glökler. . . .

Kommunale Wärmeplanung – Förderantragstellung im „Konvoi“,

Energieeffizienz und Klimaschutz sowie Klimawandelfolgenanpassung werden immer wichtiger um Kommunen zukunftsorientiert aufzustellen.

Dem Wärmesektor kommt auf dem Weg zur Klimaneutralität eine große Bedeutung zu. Die Weichen für eine Umstellung zur klimaneutralen Wärmeversorgung müssen frühzeitig und in den Kommunen gestellt werden, da Wärme lokal für Raumwärme, Warmwasser und Prozesswärme benötigt wird, sie langfristiger Planungen und langlebiger Investitionen bedarf, jedoch nur über kurze Strecken ohne große Verluste transportiert werden kann. Eine kommunale Wärmeplanung unterstützt Gemeinden strategisch, die Herausforderungen der Wärmewende anzugehen. Eine kommunale Wärmeplanung umfasst eine Bestandsanalyse zum Wärmebedarf und zur Versorgungsstruktur in einer Kommune sowie eine Analyse der vorhandenen Potenziale zur Wärmeversorgung mittels erneuerbarer Energien. Darauf aufbauend wird ein Szenario für eine klimaneutrale Wärmeversorgung für die Gesamtgemeinde erstellt. Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner sind in Baden-Württemberg verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2023, einen solchen Plan zu erstellen. Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern können diese Planung derzeit noch freiwillig erstellen und sie je nach Konstellation im Rahmen einer Landesförderung mit bis zu 80 % der Kosten, über eine Bundesförderung mit 90% gefördert bekommen. Ausdrücklich erwünscht sind in Baden-Württemberg dabei interkommunale Planungen im „Konvoi“. Hier wird der Vorteil im Nutzen von Synergien und somit einem geringeren Kostenansatz für die Erstellung der Planung gesehen. Die Stadt Blumberg sowie die Stadt Geisingen wären bereit, im sog. „Konvoi“ mit der Gemeinde Immendingen eine kommunale Wärmeplanung zu beauftragen. Die regionale Energieagentur Schwarzwald-Baar-Heuberg hat für Kommunale Wärmeplanung eine Beratungsstelle eingerichtet und kann die Kommunen unterstützen die notwendigen Schritte zur Erstellung eines Wärmeplan anzugehen. Der Gemeinderat hat die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung im „Konvoi“ mit den Stadt Blumberg u. Stadt Geisingen einstimmig beschlossen. Die Verwaltung wurde mit der Umsetzung weiterer Schritte beauftragt.

Baugesuche

Der Gemeinderat hatte über 5 Baugesuche zu beraten. Zwei Maßnahmen waren lediglich zur Kenntnisnahme. Bei den übrigen Baugesuchen wurde jeweils das gemeindliche Einvernehmen sowie die teilweise erforderlichen Befreiungen erteilt.

Beratung des Haushaltsplans

Kurs halten in herausfordernden Zeiten – Investitionen in Familienfreundlichkeit, Stärkung des Wirtschaftsstandorts und Erhalt der Infrastruktur

Nachdem zu Beginn des Jahres 2020 bei der Gemeinde Immendingen ein neues Haushaltsrecht eingeführt wurde, legte nun die Verwaltung den fünften Haushaltsplan vor, der nach den Regeln der kommunalen Doppik aufgestellt wurde. Durch die neue Berechnungsweise sollen politische Ziele effektiver und effizienter umgesetzt und ein umfassender Überblick über den gesamten Ressourcenverzehr, die kommunalen Schulden und das gemeindliche Vermögen gegeben werden. Bevor Kämmerer Müller die einzelnen Positionen des Planwerks erläuterte, gab Bürgermeister Stärk sowohl einen Rückblick auf das vergangene wie auch einen Ausblick auf das kommende Jahr.

Er stellte fest, dass das zu Ende gehende Jahr nicht nur für die Gemeinde ein herausforderndes Jahr war. Die Corona-Krise wurde abgelöst durch die Energiekrise, den Angriffskrieg der russischen Föderation in der Ukraine und weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen auf der Welt sowie die sehr hohe Inflation verbunden mit gestörten Lieferketten. Die Krise ist zum Dauerzustand geworden. Probleme werden in der großen Politik aber immer weniger gelöst, sondern einfach kommunalisiert durch immer weitere Aufgabendelegationen an die Kommunen. Die Durchsetzung parteipolitischer Ideologien und die damit einhergehende Schaffung immer neuer Ansprüche sind kaum mehr zu bewältigen. . . .

Der eigene kommunale Spielraum wird immer weiter eingeengt, denn allzu oft wird leider vergessen der Gemeinde auch die finanziellen Mittel für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Von kommunaler Seite kann es so nicht mehr weitergehen. Die personellen und finanziellen Ressourcen sind fast aufgebraucht, und die immer neuen vom Land, vom Bund und von der europäischen Union gegebenen Vorgaben können irgendwann nicht mehr umgesetzt werden.

Wir befinden uns in wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Die Menschen haben Angst vor Wohlstandsverlust und fühlen sich in vielen Bereichen überfordert, bevormundet und nicht mitgenommen. Die Umfrageergebnisse lassen für die im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahlen im Osten der Republik nichts Gutes erwarten. Auf unserer kommunalen Ebene trifft dies Gott sei Dank jedoch nicht zu. Hier haben die Verwaltung und die Gremien noch das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Herr Bürgermeister Stärk erläuterte, dass wir noch greifbar seien und die Entscheidungen nachvollziehbar seien.

Es ist der Zusammenhalt der unsere Gemeinde ausmacht – gerade auch in schwierigen Zeiten. Auf diesen Zusammenhalt könne man bauen.

Trotz der Schwierigkeiten konnte aus dem gesetzten Programm für 2023 vieles erfolgreich bewältigt und abgeschlossen werden. Vieles wurde ebenfalls bereits begonnen und befindet sich in der Umsetzung. Der Neubau des Feuerwehrhauses konnte fast zum Abschluss gebracht werden. Am Muttertag konnte das neue Feuerwehrfahrzeug LF 20 KatS geweiht werden. Ebenfalls wurde der Waldkindergarten erfolgreich an den Start gebracht. Im Bereich der Glasfasererschließung konnten Fortschritte erzielt werden, die für den weiteren Ausbau die Grundlage sind. Bei der Erschließung des Gewerbegebiets Donau-Hegau II ist man mit großen Schritten vorangekommen. Gerade dies ist ein wichtiges Projekt, um das strukturelle Defizit, das der Haushalt hat, weiter auszugleichen.

Der Bürgermeister betonte, man müsse den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeindeverwaltung großen Respekt zollen. Man habe eine schlagfertige Truppe. Es sei nicht normal, was diese Verwaltung in Immendingen zu leisten vermag. Er sei froh, dass er auf eine solche Truppe bauen könne. . . .

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindergärten und der Schülerbetreuung seien außerordentlich belastet. Ihnen gelte sein Dank genauso wie den Beschäftigten im Bauhof. Ebenfalls sprach der Bürgermeister den Mitgliedern des Gemeinderats, den Ortsvorstehern und den Ortschaftsräten seinen Dank aus. Die Gemeinde Immendingen könnte nach seiner Überzeugung nicht so gut unterwegs sein, wenn nicht diese hervorragende Harmonie in den Gremien herrschen würde. Trotz manchmal kontroverser Meinungen ständen doch immer die Sache und das Wohl der Gemeinde im Vordergrund.

Bürgermeister Stärk stellte fest, dass der vorliegende Haushaltsplan nun der vierte sei, den er einbringen darf. Er stellte außerdem fest, dass die Gemeinde nach wie vor abhängig ist von Zuschüssen und Zuweisungen. Wenn dann diese wegbrechen, dann spüre das die Gemeinde enorm. Die Gemeinde hat ein strukturelles Defizit im Haushalt. Es bedarf großer Anstrengungen den Sanierungsstau abzarbeiten sowie die nötigen Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Die Verwaltung hat schon bei den Anmeldungen zum Haushalt einen dicken Rotstift verwendet. Nicht jede Haushaltsanmeldung hat daher Einklang in den Haushaltsplanentwurf gefunden, wofür Bürgermeister Stärk um Verständnis bat. Es ist jedoch gelungen einen ordentlichen Haushalt aufzustellen. Der Haushalt sieht etwas positiver aus, als unsere tatsächliche Lage wirklich ist. Wir haben noch ein kleines positives Ergebnis im Ergebnishaushalt, welches aber deutlich geringer ausfällt als im vergangenen Jahr. Anders als die Jahre zuvor, werden wir aber die liquiden Mittel nicht abschmelzen, sondern können diesen etwas zuführen. Dies ist aber keinesfalls eine Trendwende, sondern beruhe auf einmaligen Effekten. Zum einen haben wir unseren Investitionen große Förderquoten gegenüberstehen und zum anderen haben wir 3 Millionen Euro im Bereich von Grundstücksveräußerungen. Bei aller Anstrengung im Bereich der Gewerbeansiedlung kann die Gemeinde nicht davon ausgehen, dass solche Summen nun jedes Jahr zur Verfügung stünden. Positiv anmerken mochte Bürgermeister Stärk aber die positive Entwicklung im Bereich der Gewerbesteuer und dies in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Dies zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, den wir weiter konsequent beschreiten sollten. Es gilt jedoch weiter finanziell auf Sicht zu fahren. . . .

Es bedarf nach wie vor großen Anstrengungen nach und nach den vorhandenen Sanierungsstau abzarbeiten und die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

Ein großer Bereich sind auch in diesem Jahr die Investitionen. So gelingt es der Gemeinde wieder beachtliche 7,5 Millionen Euro zu investieren. Man habe die Priorität beim Breitbandausbau, bei der Erschließung des ersten Bauabschnitts in Donau-Hegau II, bei der Kinderbetreuung mit der Planung des Kindergartens in Zimmern, beim Starkregenrisikomanagement, bei der Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik, beim Abschluss des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses, bei der Deckschicht in Donau-Hegau I, bei der Sanierung der Brücke beim Anwesen Scheuch, beim Infopoint Donauversinkung sowie beim Glasfaserausbau gelegt. Die im letzten Jahr beschlossene Kreditermächtigung von 1.000.000.- Euro werde nicht benötigt. Für das nächste Jahr wird diese jedoch wieder vorgeschlagen werden. Aus Sicht von Bürgermeister Stärk ist es trotz aller Schwierigkeiten gelungen einen Haushalt aufzustellen, der die Gemeinde auf dem bisherigen erfolgreichen Kurs halte und insgesamt voranbringe. Leichte Hoffnung dürfen wir haben, dass die Erhöhung der Kreisumlage geringer als eingeplant ausfällt. Eingeplant wurde, wie von der Kreisverwaltung angekündigt, eine Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage um 1,0%. Bürgermeister Stärk hegt aufgrund der Vorberatungen jedoch die Hoffnung, dass diese Erhöhung auf 0,5% abgemildert werde und den Griff des Kreises in die Finanzen der Kommune geringer ausfallen lässt.

Sodann machte Kämmerer Müller die Ausführungen zum Haushaltsplan. Er dankte zum Abschluss Bürgermeister Stärk und seinen Amtsleiterkollegen für gute und kollegiale Zusammenarbeit sowie seinem Team in der Kämmerei.

Clemens Knoblauch gab als Fraktionssprecher der CDU-Fraktion ebenfalls einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Jahr. Er bedankte sich bei Bürgermeister Stärk, Herrn Kohler, dem Leiter des Bauhofs sowie der Verwaltung im Allgemeinen. Er betonte, es sei ein gewaltiger Haushalt mit 7.500.000.- Euro an Investitionskosten und Gewerbesteuerplanungen von 3.000.000.- Euro. Vor knapp 10 Jahren habe sich die Gemeinde bei der Gewerbesteuer noch über knapp 1.000.000.- Euro gefreut.

...

Dies sei eine tolle Entwicklung, aber es stünden auch massive Investitionen in die Schule, den Kindergarten sowie Straßen und Brücken an. Hier sprach er seinen Dank an Kämmerer Müller aus, der trotzdem die Zahlen im Griff habe. Auf einem guten Weg müssen wir weiterhin bodenständig planen. Er schloss seine Rede mit dem Zitat von Bürgermeister Stärk: „Kurs halten in herausfordernden Zeiten“.

Frank Henning, SPD-Fraktionssprecher, schloss sich dem Dank an die gesamte Verwaltung an. Auch seine Fraktion sehe die gute Arbeit, die geleistet werde und sei für die harmonische und professionelle Arbeit im Rathaus dankbar. Ebenfalls bedankte er sich bei Bürgermeister Stärk. Er und seine Fraktionskollegen freuen sich insbesondere über den Start des Waldkindergartens und dessen Erfolg. Er wisse auch um die Kosten der Straßen- und Gehwegsanierung; diese sollte aber nicht aus den Augen verloren werden.

Abschließend bedankte sich Bürgermeister Stärk nochmals bei den Fraktionssprechern und dem Gemeinderat und drückte seine Freude darüber aus, dass die Arbeit der Verwaltung gesehen und respektiert werde.

Etat-Eckdaten

Wesentliche Einnahmen des Ergebnishaushalts

Schlüsselzuweisungen des Landes	4.578.000 €
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	4.281.000 €
Vergnügungssteuer	500.000 €
Grundsteuer A und B	1.057.000 €
Gewerbsteuer	3.000.000 €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	223.200 €

Wesentliche Ausgaben des Ergebnishaushalts

Personalausgaben	5.668.500 €	
Gewerbsteuerumlage an das Land	308.800 €	
Finanzausgleichsumlage an das Land	2.365.800 €	
Kreisumlage	3.511.300 €	
Zinsausgaben	43.000 €	...

Der Schuldenstand beläuft sich zum Jahresende voraussichtlich auf 2,535 Millionen Euro was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 386,60 € entspricht. Darin nicht enthalten sind die Schulden des Eigenbetriebs Wasserversorgung sowie des Gemeindeverwaltungsverbands Immendingen/Geisingen und des Zweckverbands Wasserversorgung Unteres Aitrachtal. Die liquiden Mittel betragen zum Ende des Jahres voraussichtlich 4.742.800 Euro.

Bekanntgaben

Bürgermeister Stärk gab bekannt, dass die Gemeinde Immendingen eine Schenkung erhalten habe. Ekkehard Heizmann aus der Ortschaft Zimmern schenkte der Gemeinde Immendingen ein Ölbild des Immendinger Künstlers Reichle. Franz Dreyer, der das Heimatmuseum der Gemeinde Immendingen verwaltet und betreut, hat bereits einen Platz im Museum gefunden.

Bürgermeister Stärk bedankte sich nochmals öffentlich bei Herrn Ekkehard Heizmann für die Schenkung.

Weiter berichtet Bürgermeister Stärk, dass das Projekt „Wohnpark am Schloss“ 2024 in Fertigstellung gehen wird. Das Elias-Schrenk-Haus als Betreiberin der Tagespflege bereitet sich bereits intensiv auf den Start vor. Man sei in engem Austausch. Ebenfalls seien seitens des Elias-Schrenk-Haus weitere Ideen im Bereich der Seniorenarbeit geplant. Bürgermeister Stärk brachte seine Freude über diese Entwicklung zum Ausdruck.